



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestags

Pressemitteilung

Abschluss des Koalitionsvertrages zwischen CDU und CSU und SPD

MdB Dr. Stefinger: „Die CSU konnte zentrale Forderungen durchsetzen“

Berlin, 28.11.2013

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 (0)30 227-73230

Telefax: +49 (0)30 227-76230

Bundeswahlkreis München-Ost

Am Eicherhof 16

81929 München

Telefon: +49 (0)89 41424500

Telefax: +49 (0)89 414245010

wolfgang.stefinger@bundestag.de

www.wolfgang-stefinger.de

Nach mehreren Wochen intensiver und harter Verhandlungen haben CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag unterzeichnet. „Mit dem Koalitionsvertrag stellen wir die Weichen, dass Deutschland seinen erfolgreichen Kurs fortsetzen kann“, so der neugewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis München-Ost, Dr. Wolfgang Stefinger.

Der CSU ist es in den Verhandlungen gelungen, wichtige ihrer Kernanliegen durchzusetzen. So war es der Union von Anfang an wichtig, dass die Bürger nicht durch neue Steuern und Abgaben belastet werden. Auch wird die Verbesserung bei der Mütterrente kommen. So soll die Rente für Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 Kinder geboren wurden, ab 1. Juli 2014 angehoben werden. Diese war auch ein Herzensanliegen von Wolfgang Stefinger im Wahlkampf gewesen. Das Betreuungsgeld, das die SPD vehement abschaffen wollte, bleibt erhalten. Ein wichtiger Erfolg ist ferner die Verankerung des Bekenntnisses zu soliden Finanzen. So soll der Bund ab 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorweisen können und ab 2015 keine neuen Schulden aufnehmen. Eine deutliche Handschrift hinterließ die Union auch bei der Europapolitik: Eine Vergemeinschaftung von Schulden oder Euro-Bonds wird es nicht geben.

„Sicher hätten wir uns an einigen Stellen andere Lösungen gewünscht, etwa bei der Ausgestaltung des Mindestlohns oder beim Staatsbürgerschaftsrecht, doch in einer jeden Koalition sind Kompromisse notwendig. Ich halte die erzielten Vereinbarungen insgesamt jedenfalls für tragbar“, wie Stefinger erklärte.

Die Parteien müssen dem Vertragswerk noch zustimmen. Bei der SPD wird dies in Form eines Mitgliederentscheids erfolgen. „Die Union ist zur Übernahme von Verantwortung für Deutschland bereit. Ich hoffe, dass auch die SPD-Mitglieder ihrer Verantwortung gerecht werden und die neue Regierung bald ihre Arbeit aufnehmen kann“, so Stefinger.